

NEUES DEUTSCHLAND

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Herbert Naumann, Chefredakteur; Dr. Sander Drobela, Alfred Kobs, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther, Dr. Hajo Herbell, Werner Micke, Michael Müller, Dr. Harald Wessel, stellvertretende Chefredakteure; Heinz Jakobowski, Otto Lück, Dr. Wolfgang Spickermann, Klaus Ullrich.

Die Redaktion wurde 1956 und 1986 mit dem Karl-Marx-Orden und 1971 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.

Botschafter Äthiopiens gab Cocktail in Berlin

Berlin (ADN). Anlässlich des 15. Jahrestages der äthiopischen Revolution gab der Äußerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksdemokratischen Republik Äthiopien in der DDR, Lemma Gutema Debel, am Montag in Berlin einen Cocktail. Seiner Einladung waren gefolgt Horst Dohls, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Prof. Dr. Manfred Gerlach, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Dr. Wolfgang Rauchfuß, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, sowie weitere Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, unter ihnen der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Heinz-Dieter Winter. Zugegen waren in der DDR akkreditierte Chefs diplomatischer Missionen.

Vorsitzender der CDU besuchte Iga in Erfurt

Erfurt (ADN). Der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, besuchte am Montag die Internationale Gartenbauausstellung der DDR Iga 89 in Erfurt. Nach der Begrüßung durch Direktor Werner Gajek informierte er sich über Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft und des Gartenbaus in der DDR. Gegenüber den Ausstellern äußerte sich Gerald Götting anerkennend über die Leistungsfähigkeit dieser Bereiche. Die Iga 89 biete eine Vielfalt von Anregungen und Empfehlungen für die gärtnerische Praxis wie auch für Liebhaber schöner Gärten und Pflanzen.

Bauleute aus Lettland im Bezirk Rostock

Rostock (ADN). Rund 70 Betriebe und Einrichtungen des Küstenbezirks pflegen freundschaftliche Kontakte zu Partnern in der lettischen Sowjetrepublik. Um diese seit vielen Jahren bestehenden Verbindungen zu vertiefen, besuchten am Montag lettische Gäste im Rahmen der Freundschaftstage der Lettischen SSR in Rostock Betriebe des Bezirks. Bei Treffen im Wohnungsbaukombinat machten sich Rigaer Bauleute mit Erfahrungen ihrer Kollegen im industriellen Wohnungsbau vertraut. Dazu informierten sie sich auch in den jüngsten Neubaugebieten Dierkow und Toltenwinkel. Außerdem weilen im Wohnungsbaukombinat Fachleute ihres Partnerbetriebes, des Wohnhäuserbaukombinates Nr. 1 der lettischen Hauptstadt. Die Spezialisten studieren im Plattenwerk Marienehe die architektonische Gestaltung, Konstruktion und Fertigung von Außenwandelementen.

Leiter der Zollorgane konferieren in Tabarz

Berlin (ADN). Die XXX. Konferenz der Leiter der Zollverwaltungen sozialistischer Staaten in Europa, Asien und Amerika ist am Montag in Tabarz eröffnet worden. Auf der Tagesordnung stehen der Erfahrungsaustausch und aktuelle Fragen der Vertiefung der Zusammenarbeit.

Veranstaltung zu Fragen der gesunden Ernährung

Leipzig (ADN). 600 Wissenschaftler aus der DDR sowie aus Belgien, Bulgarien, der CSSR, aus Polen, der UdSSR und Ungarn erörtern seit Montag auf einem dreitägigen Meinungsaustausch in Leipzig Fragen der gesunden Ernährung. Wie der Vorsitzende der veranstaltenden Gesellschaft für Ernährung der DDR, Prof. Dr. Günter Gebhardt, äußerte, strebe die Gesellschaft eine noch intensivere interdisziplinäre Zusammenarbeit von Tierernährern, Humanmedizinern, Bio- und Lebensmittelchemikern, Technologen und Ernährungswirtschaftlern an. Noch habe das Entstehen einer Reihe von Krankheiten seine Ursachen in einer Fehlernährung, wozu der Verzehr von zuviel Fett, Zucker und Kochsalz und von zuwenig Ballaststoffen zähle.

Gruß an Hundertjährige

Berlin (ND). Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR gratulierte Martha Weigt in Spickendorf, Ortsteil Petersdorf, Saalkreis, herzlich zur Vollendung ihres 100. Lebensjahres.

Provokation gegen die DDR stubsmäßig organisiert

Eiskaltes Geschäft mit DDR-Bürgern — Silberlinge für Ungarn

Von ADN-Korrespondent Horst Schäfer

Passau. Schon die Nacht zum Montag war in Auffanglagern des bayerischen Grenzgebiets zwischen Freilassing und Passau eine einzige Bestätigung dafür, wie generalstabsmäßig die illegale Nacht- und Nebel-Aktion zur Abwerbung in Ungarn befinde. DDR-Bürger vorbereitend worden war. Man habe sich seit längerem im Zusammenwirken mit den verschiedensten Bundesbehörden systematisch auf den Tag X vorbereitet, teilte bayerische Regierungsstellen mit. Die Einsatzpläne dafür lagen lückenlos bereit. Zum Szenario gehörten am Montag, um die schwere Provokation gegen die DDR auch öffentlich hochzuspüren, ganze Bataillone westlicher Reporter- und Kamerateams.

Unter Leitung von hohen Beamten des Bonner Innenministeriums war beim Bundesgrenzschutzkommando Süd ein „Sonderstab“ für den „Tag X“ gegründet worden, der nach eigenen Angaben seit Tagen „rund um die Uhr“ tagte. Auch die „Überwachung“ der Lager, darunter Kasernen, übernahm der Bundesgrenzschutz. Zur Lagerleitung gehören jeweils ein Vertreter des Bundesinnenministeriums und ein Offizier des Bundesgrenzschutzes.

Unter der Bevölkerung Bayerns haben angesichts des hysterischen Rummels um die sogenannten Flüchtlinge Ablehnung und sogar Verbitterung zugenommen. In der Grenzregion äußerten Gruppen von Bürgern gegenüber Journalisten immer wieder Empörung über die mit dieser Kampagne verbundene Heuchelei. Die Motive für diese Aktion hätten, so wurde betont, nicht das geringste mit Menschlichkeit und Nächstenliebe zu tun, sondern es gehe um ein eiskaltes politisches Geschäft. Vielen der betroffenen DDR-Bürger werde der abgrundtiefe Gegensatz zwischen gewissenlos geschürten Illusionen und Realität des Lebens in der BRD sehr bald schmerzhaft bewußt werden.

Mit dieser Flüchtlingsgeschichte werde viel vertuscht, was hier im Land im argen liege, zitierte eine BRD-Zeitung Bürger Passaus. Eine Arbeiterin sagte diesem Bericht zufolge, ihr Chef sei zwar „total dafür“, doch er hoffe ja auch, daß er „billige Arbeitskräfte“ bekommt. Die Frage, ob die aus der DDR Ausgerissenen in der BRD „wirklich willkommen“ seien, beantwortete die „Deggendorfer Zeitung“ mit der Feststellung: Von einer Mehrheit komme ein deutliches Murren. Die ehemaligen DDR-Bürger „müssen hier mit Frost rechnen“.

Zwei Taxifahrer am Bahnhof von Freilassing, ein Postbeamter in Vilshofen in der Nähe des dort eingerichteten Zeitlagers, ein Rentnerheppaar auf sonntäglichen Spaziergang in Hengersbach, das ebenfalls als Auffanglager bestimmt ist, waren sich einig: Hier wird ein ganz böses Spiel mit Menschen getrieben. Drüben gebe es mehr Arbeit als hier in der Bundesrepublik. Die

Situation der Arbeitslosen in der BRD, das fürchteten viele, werde sich noch weiter verschlimmern. Im übrigen wird auf die Erklärung des Wiener Caritas-Direktors, Dr. Schüler, hingewiesen, der gesagt hatte, daß der Flüchtlingsbegriff im Sinne der Genfer Konvention auf die Ausreisenden keinesfalls zutrefte. Es gebe weder Verfolgung, noch Krieg, Not oder weitere lebens- und existenzbedrohende Kriterien.

Bereits am ersten Tag ihres Aufenthalts in den Auffanglagern, darunter Trostberg, Deggendorf nahe Regensburg, Vilshofen und Passau, setzte bei abgeworbenen DDR-Bürgern auch Ernüchterung, insbesondere über ihre Aussichten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, ein. In den meisten Gesprächen, die Behördenbedienstete mit ihnen führten, ließ man sich auf keinerlei Zusagen ein. Aus dem „Trostberger Tagblatt“ erfahren sie, daß ein „großzügige“ Angebote für ein Zimmer oder gar eine Wohnung, wie sie in den letzten Tagen immer wieder in den Medien propagiert wurden, oft unzumutbare Bedingungen geknüpft werden. Auch seien in dem Arbeitsamtsbezirk, zu dem Trostberg gehört, 3620 BRD-Bürger als arbeitslos gemeldet. In der „Mittelbayerischen Zeitung“, Regensburg, vermittelte die ehemalige DDR-Bürgerin Kerstin Scheuner ihre Erfahrungen: Zum 30. September wurde ihr vom Wohnungsbesitzer gekündigt, weil sie vorübergehend Verwandte in ihrer Wohnung aufgenommen hatte.

Welche in Mark und Pfennig kalkulierten, massiven wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen hinter dem langfristig inszenierten Handel mit der Ware Mensch stehen, machten BRD-Politiker bereits unverhohlen deutlich. Die Bonner Zeitung „Generalanzeiger“ bezeichnete die neu angekommenen Arbeitskräfte als „wirtschaftliches Wachstumspotential“ für die BRD, das die angesichts der schrumpfenden und alternden BRD-Bevölkerung von Arbeitsmarktpolitikern geäußerten Sorgen um eine längerfristige Sicherung der Renten relativieren könne. Der parlamentarische Staatssekretär Waffenschmidt sprach im selben Zusammenhang von einem „Lebenselixir für die Bundesrepublik“.

In Interviews mit Bonner Politikern brachten BRD-Journalisten am Sonntag und Montag immer wieder zur Sprache, daß ihnen Hinweise zugegangen seien, wonach Ungarn für seine handelsweise Zahlungen aus der BRD erhalte.

„Die Arbeitgeber reiben sich die Hände“, stellte die Regensburger „Woche“ zur Abwerbung gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus der DDR fest. Man habe mit „Kopfgeldern“ nicht gespart. „Große Hoffnungen“, so berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ am Wochenende, setzten ganz bestimmte Firmen auf „die Übersiedler aus der DDR“. Mangel

herrsche vor allem bei Tellerwäschern im Gaststättengewerbe. Die „Bier- und Karussellbarone“ auf dem Oktoberfest versprochen sich von „DDRlern“ ebenfalls im wahren Sinne des Wortes Gewinn, schrieb die Münchner Boulevardzeitung „tz“. Helfer zum Aufbauen und zum Kassieren suchten „Die Geisterbahn“ und „Geiers Sturzflug“.

Wie ein Sprecher des DGB-Landesbezirks Bayern feststellte, sei es keine Frage, daß bei dem Geschäft mit DDR-Bürgern Tariflöhne „meilenweit“ unterlaufen würden und Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt werden solle. In der „Passauer Neuen Presse“ hieß es, Ärzte könnten „notfalls auch als Lastwagenfahrer“ und „Maurer ihren Mann stehen“. Der US-Nachrichtenagentur AP zufolge betrachteten Leiharbeiterunternehmen, die Arbeitskräfte je nach Bedarf kurzfristig und ohne soziale Absicherung an Betriebe verhöckern, die arbeitslosen und mit skrupellosen Methoden gänzlich unvertrauten Neuankommlinge als ihre besondere Beute.

Im absolut einseitig angelegten BRD-Mediennummel gehen Stimmen der Vernunft, der Sachlichkeit und des Verantwortungsbeußenseins völlig unter. Die Erklärung des Schriftstellers Dieter Lattmann zum Beispiel, langjähriger Präsident des Schriftstellerverbandes der BRD, daß die Ausstellung von BRD-Pässen für DDR-Bürger „und noch dazu auf dem Boden eines anderen Landes“ gegen den Grundlagenvertrag verstoße, konnte man in keiner bayerischen Zeitung finden. Lattmann hatte darauf verwiesen, daß in BRD-Medien und Bonner Parteien der Alleinvertrötungsanspruch der 50er Jahre wieder beschworen werde. Unter den Vokabeln „Freiheit“ und „Menschenrechte“ werde vom Westen etwas ganz anderes betrieben, nämlich der Versuch, die DDR zu destabilisieren.

Unter Bezugnahme auf die propagandistische Vorbereitung des „Tages X“ durch das Fernsehen der BRD schreibt „Die Zeit“, angesichts dessen wirke „die Vernunft im Augenblick kleinlaut. In Wahrheit jedoch können auch in Zukunft nur sorgfältig bemessene Schritte Stabilität und Frieden bewahren.“

Was von dem Getöse über Bonner Menschlichkeit zu halten ist, veranschaulichte in demselben Passau, in dem sich jetzt der Rummel um DDR-„Flüchtlinge“ konzentriert, ein anderer empörender Vorgang. 60 libanesischen Flüchtlinge und Türken wurden an diesem Tage in einem Kühlwagen fast erfroren entdeckt. Sie wurden, aus Österreich gekommen, von der Polizei nicht nur nicht willkommen geheißen, sondern verhaftet und dann abgeschoben. 23 jugoslawische Bürger, unter ihnen 13 Kinder und drei Säuglinge, so meldete der „Frei-lässiger Anzeiger“, seien von den BRD-Grenzbehörden am Walserberg zurückgewiesen worden.

Gäste aus Peking besuchten Dresdens Schatzkammer

Dresden (ADN). Mit Sehenswürdigkeiten von Dresden machte sich am Montag die zu den „Pekingern“ Tag in Berlin“ in der DDR weilende offizielle Delegation bekannt. Die Abordnung unter Leitung von Wu Yi, Stellvertreter der Oberbürgermeisterin der chinesischen Hauptstadt, besuchte am Vormittag das weltbekannte Grüne Gewölbe. Zu den kostbaren Exponaten, die von jahrhundertalter deutscher Goldschmiedekunst zeugen, zählen Teile des unter ostasiatischem Einfluß entstandenen Elfenbeinzimmers mit Lackmalereien und die sogenannten Chinoiserien, deutsche Arbeiten im chinesischen Stil. Die Kommunalpolitikerin, die von Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer begleitet wurde, informierte sich auch über Organisation und Verwaltung des aus der Kunstwerkschaffen ausgeübt werden solle. In der „Passauer Neuen Presse“ hieß es, Ärzte könnten „notfalls auch als Lastwagenfahrer“ und „Maurer ihren Mann stehen“. Der US-Nachrichtenagentur AP zufolge betrachteten Leiharbeiterunternehmen, die Arbeitskräfte je nach Bedarf kurzfristig und ohne soziale Absicherung an Betriebe verhöckern, die arbeitslosen und mit skrupellosen Methoden gänzlich unvertrauten Neuankommlinge als ihre besondere Beute.

Im Anschluß an die Besichtigungen gab Wolfgang Berghofer zu Ehren der Gäste, die von Hannelore Mensch, 1. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters von Berlin, begleitet wurden, ein Essen. Siehe auch Seite 8.

Beratung über die Elternvertreterwahlen

Berlin (ND). Eine zentrale Operativgruppe des Ministeriums für Volksbildung erörterte am Montag auf ihrer ersten Beratung in Berlin die Aufgaben für die Elternvertreterwahlen im Schuljahr 1989/90. Dem Gremium unter Vorsitz von Staatssekretär Werner Lorenz gehören unter anderem Schulpolitiker, Vertreter des FDGB, der FDJ, des DED und zentraler Medien an. Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates vom 21. April 1989 zur Führung der Wahlen der Elternvertreter berieten die Teilnehmer, wie in Vorbereitung des XII. Parteitag der SED die Elternvertreterwahlen zu einer breiten demokratischen Aussprache werden. An Hand der konkreten Ergebnisse in der Schule bzw. im Kindergarten gelte es, sich darüber zu verständigen, wie die Orientierungen des IX. Pädagogischen Kongresses zur Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungswesens auf hohem Niveau verwirklicht werden. Zugleich beriet die zentrale Operativgruppe, wie die örtlichen Volksvertretungen ihrer Verantwortung für die Schaffung entsprechender Bedingungen gerecht werden und dafür sorgen, daß all das, was die Eltern bewegt, auch Gegenstand ihrer Arbeit wird.

Der „große Coup“ aus der BRD

Berlin (ADN). Nach langfristiger Planung und sorgfältiger Organisation wurde am Montag in einer Nacht- und Nebel-Aktion begonnen, mit größtem propagandistischem Aufwand eine größere Anzahl Bürger der DDR illegal und unter Verletzung völkerrechtlicher Verträge und Vereinbarungen aus der Ungarischen Volksrepublik in die BRD zu verbringen. Dies ist ein präzedenzloser Vorgang im internationalen Leben, in den Beziehungen souveräner Staaten und stellt eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und anderer Staaten dar. Die Verantwortlichen in der BRD haben diesen Schritt trotz aller Hinweise und Warnungen, entgegen allen konstruktiven Vorschlägen und Initiativen der DDR zur einvernehmlichen Lösung dieses Problems unternommen und finanziert. In einer zügellosen Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die DDR wurden unter Mißbrauch von Reise- und Kontaktmöglichkeiten, über Massenmedien und durch direkte Aktionen unverhüllte Abwerbung und Irreführung von Bürgern unseres Staates betrieben.

Es ist bedauerlich, daß sich Vertreter der Ungarischen Volksrepublik zur Verletzung von Abkommen und Vereinbarungen verleiten ließen. Völkerrecht und internationale Vereinbarungen können in keiner Weise als Rechtfertigung für diese Entscheidung angerufen werden, sie verbieten, im Gegenteil, die Einmischung in innere Angelegenheiten, die Mißachtung nationaler Gesetze und Ordnungen anderer Staaten sowie die willkürliche Aufkündigung oder einseitige Außerkraftsetzung bindender Verträge und Vereinbarungen.

Die Vertreter aus Bonn nutzten die ungarische Haltung für ihre antisozialistischen und revanchistischen Ziele weidlich aus. Der sozialistische deutsche Staat hat Geduld, Beweglichkeit, aber selbstverständlich auch prinzipielle Festigkeit bewiesen. Er hat den beteiligten Staaten konstruktive Angebote unterbreitet. Er bleibt bereit, den betreffenden Bürgern der DDR, die — aus welchen Gründen auch immer — unsere Republik verlassen wollten, den Weg zurück zu Gesetz und Ordnung zu ermöglichen, Großmut walten zu lassen. Dies entspricht dem humanistischen Charakter unserer Gesellschaftsordnung. Versuche der politischen und ökonomischen Erpressung, Drohungen und Verlockungen müssen dabei selbstverständlich entschieden zurückgewiesen werden.

Dieser Coup aus der BRD ist weder eine zufällige noch vereinzelte Aktion. Er ist Bestandteil des Kreuzzuges des Imperialismus gegen den Sozialismus insgesamt, wobei für die einzelnen sozialistischen Bruderstaaten von Berlin bis Peking jeweils spezielle Rezepte verordnet werden.

In Europa hat sich manches zum Positiven gewandelt, einschließlich in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie der DDR und Berlin (West). Die Idee des gemeinsamen Hauses Europa findet immer breitere Unterstützung.

Nun muß man jedoch Bonn fragen, ob seine Politik der sogenannten „Obhutspflicht“ nicht zu einer modernen Version jener berüchtigten „Heim ins Reich“-

Bewegung wird, die Menschen lediglich als Objekte des Revanchismus und Chauvinismus mißbraucht. Die verheerenden Folgen und unzähligen menschlichen Tragödien einer derartigen Politik und Praxis sollten gerade zum 50. Jahrestag der Entfesselung des zweiten Weltkrieges nicht vergessen werden.

Auch der Zeitpunkt dieser Aktion ist nicht verwunderlich. Sie wurde am Vorabend des 40. Jahrestages der DDR inszeniert. Hier wirken die Gesetze des Klassenkampfes unbarmherzig. Nicht jeder hält diesen Anforderungen und Belastungen stand und verläßt sein Vaterland unter der psychologischen Kriegsführung des Gegners. Der Sieg des Sozialismus auf deutschem Boden, die 40jährige erfolgreiche Entwicklung des sozialistischen deutschen Staates — das ist doch zugleich die historische Niederlage des deutschen Imperialismus. Wie schon so oft in der Geschichte, versuchen die Gegner des Sozialismus, historische Zäsuren durch Provokationen und Propagandakampagnen zu übertönen. Nachdem alle Versuche gescheitert sind, das Rad der Geschichte aufzuhalten, glauben imperialistische Kreise jetzt offensichtlich, die Chance des Jahrhunderts sei gekommen und eine Art „soziale Revanche“ für die Niederlagen seit der Oktoberrevolution 1917 möglich. So soll auch die DDR als Eckpfeiler des Friedens und des Sozialismus an der Trennlinie der beiden Weltsysteme durch Verlockungen, Versprechungen sowie Drohungen erpreßt werden, auf Grundprinzipien und Grundwerte des Sozialismus zu verzichten.

Die Erklärungen der Offiziellen aus Bonn vom Wochenende haben nochmals bestätigt: Unter dem Vorwand der Humanität wird organisierter Menschenhandel betrieben. Auch die Worte August Bebel sind wiederum bekräftigt worden: „Wenn der Feind Dich lobt ...“

Die Werktätigen der DDR, die Bürger unseres Staates geben mit ihren Leistungen und Aktivitäten zum 40. Jahrestag diesen imperialistischen Machenschaften die richtige Kudegung auf dem Berliner Bebelplatz zum Gedankenitag für die Opfer des faschistischen Terrors, zum Kampf gegen Faschismus und Krieg, die eindrucksvollen Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden unserer Republik haben das Bekenntnis der Bürger zu ihrem sozialistischen Staat, zur Politik des Friedens, der Abrüstung und Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt unüberhörbar zum Ausdruck gebracht. Hier, auf sozialistischem deutschen Boden, ist die Heimstatt des Friedens, der Humanität, der sozialen Sicherheit und Geborgenheit. Hier wird ein jeder gebraucht und hat alle Möglichkeiten, sich zu verwirklichen. Der Sozialismus auf deutschem Boden ist unabdingbarer Bestandteil von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa. Unsere sozialistische Gesellschaftsordnung ist ebenso unwiderruflich wie unser Bündnis mit der Sowjetunion und die freundschaftlichen Beziehungen zu unseren sozialistischen Bruderstaaten.

Ein Gramm zuwenig

Es gibt keinen Zweifel, daß in Springers „Bild“-Zeitung die klügsten Köpfe der Bundesrepublik sitzen. Kein Tag vergeht, ohne daß sie sich einen Geistesblitz aus den Fingern saugen würden. Dabei wird das Gehirn erst gar nicht beansprucht, und die Aufnahmebereitschaft ihrer Leser schätzen sie entsprechend ein. Für die Gehirnmasse dieser Springer-Leute paßt keine andere Schale. Sie bleibt zu klein, um zwischen Dichtung und Wahrheit zu unterscheiden. Was soll's. Offensichtlich kennen sie nicht einmal Goethe, der diese Frage einschlägig behandelt hat.

Laut „Bild“ wollte Honecker gestern „schon nicht mehr leben“ — „Bauchspeicheldrüsenkrebs“. Heute fette Schlagzeile: „Honecker will sterben“. Gleich darunter große Meldung von der „Frau, die schwanger vom Streifen“ ist. Gleich daneben vom „Tag der Heimat“: „Tumult um Momper“. Und so weiter und so fort bis „Pamela liebt alle“. Schließlich auch noch: „Ohne Bonn wäre die DDR längst pleite“. Ihre fleißigen Bürger werden gar nicht erst erwähnt. Man zählt auf: „Transitpauerschale, Straßenbenutzungsgebühren, Verbesserung der Verkehrswege, Ausbau der Wasserstraßen zur Bundesrepublik, Öffnung des Teltowkanals...“ Springers „Bild“ tut so, als habe man dort vom Prinzip Leistung gegen Leistung noch nie etwas gehört. Da kann man nur sagen: Gott helfe den geistig Armen. E. H.

Treffen mit Generalsekretär der Philippinischen KP

Hermann Axen führte Gespräch mit Merlin Magallona

Berlin (ADN). Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, empfing am Montag Merlin Magallona, Generalsekretär des ZK der Philippinischen KP, der zum Urlaub in der DDR weilte, zu einem Gespräch im Hause des Zentralkomitees. Hermann Axen informierte den Gast über die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages und die Umsetzung der Dokumente der 7. und 8. Tagungen des ZK der SED. Die Planerfüllung in den acht Monaten dieses Jahres zeuge von der stabilen politischen und dynamischen ökonomischen Entwicklung der DDR im 40. Jahr ihrer Existenz und den Leistungen des Volkes in Vorbereitung des XII. Parteitages der SED.

Im Verlaufe des Gesprächs erläuterte Hermann Axen die auf die Sicherung des Friedens, der zügigen Abrüstung und der Zusammenarbeit gerichtete Außenpolitik der DDR, die aktiv der Verwirklichung des Friedensprogramms des Sozialismus dient und dem Wettstreit und den Einmischungsversuchen der aggressiven imperialistischen Kreise des Westens entgegenwirkt.

Merlin Magallona informierte darüber, daß die Philippinische

Kongreß-Präsident in Berlin

(Fortsetzung von Seite 1)

Einladung wurde dankend angenommen. Am dem Gespräch nahm der Botschafter der Republik Venezuela in der DDR, Dr. José Luis Salcedo-Bastardo, teil. Zuvor hatten die venezolanischen Parlamentarier am Mahnmahl Unter den Linden mit einer Kranzniederlegung der Opfer des Faschismus und Militarismus gedacht.

Am Mittag gab Horst Sinder-mann ein Essen zu Ehren seines Besuch nach Venezuela ein. Die

Kommunistische Partei seit März 1989 unter legalen Bedingungen tätig ist und für Dezember 1989 ihren X. Parteitag einberufen hat. Er erläuterte das Wirken der Partei auf der Grundlage des vom IX. Parteitag 1986 beschlossenen Programms „Der philippinische Weg zu ökonomischer Unabhängigkeit und sozialem Fortschritt“. Dieses Programm orientiert auf eine den nationalen Interessen des Landes dienende Wirtschaftspolitik als Voraussetzung für wahrhaft nationale Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt.

International tritt die Philippinische KP für die weltweite Gewährleistung von Frieden und Sicherheit ein. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften des Landes kämpft sie für die Beseitigung der Militärbasen der USA auf den Philippinen und für die Kernwaffenfreiheit der Region.

Abschließend bekräftigten die Gesprächspartner die feste Entschlossenheit beider Parteien, ihre jahrzehntelange brüderliche Zusammenarbeit fortzusetzen und zu vertiefen.

An der Begegnung nahm Peter Rabenhorst, stellvertretender Leiter der Abteilung Internationaler Verbindungen des ZK der SED, teil.